

## Freispruch für alle sechs Angeklagten im Mainzer Prozeß wegen Kindesmißbrauchs

Richter: Der Verdacht besteht fort / Was geschieht mit den Kindern?

mtz. MAINZ, 20. Dezember. Mit einem Freispruch für alle sechs Angeklagten ist am Freitag in Mainz der erste von insgesamt drei vor dem Landgericht laufenden Kindesmißbrauchsprozessen zu Ende gegangen. Die Staatsanwaltschaft hatte den vier Männern und zwei Frauen aus Worms, unter ihnen zwei Ehepaare, vorgeworfen, in der Zeit von März bis November 1993 in wechselnder Beteiligung in insgesamt achtzig Fällen sieben Kinder – unter ihnen eigene Kinder, Nichten und ein Neffe – sexuell mißbraucht zu haben. Die Kinder waren damals sechs Monate bis acht Jahre alt. Für die „mit hoher krimineller Energie“ betriebenen Taten hatte die Anklage am Ende des insgesamt 112 Verhandlungstage dauernden Verfahrens Freiheitsstrafen zwischen acht und vierzehn Jahren gefordert. Eine siebte Angeklagte in dem als „Worms I“ bezeichneten Verfahren war im Januar 1995 in der Untersuchungshaft gestorben.

Die Jugendschuttkammer des Mainzer Landgerichts unter dem Vorsitzenden Richter Jens Beutel sah sich nicht in der Lage, der nur auf die Aussagen der kindlichen Opfer, auf früher geäußerte gegenseitige Beschuldigungen der offenbar schon seit Jahren zerstrittenen Angeklagten und auf die Diagnosen von Ärzten und einen Teil der Gutachter sich stützenden Argumentation der Staatsanwaltschaft zu folgen. Beutel sagte in der Urteilsbegründung, die Beweisaufnahme habe sich „zäh und quälend“ gestaltet. Zwar sei wohl als sicher anzunehmen, daß die Jungen und Mädchen mißbraucht und „schwer geschädigt“ worden seien, doch sei die Beweissicherung für eine Verurteilung nicht hinreichend gewesen.

Es könne nicht Aufgabe der Rechtsprechung sein, „alle Angeklagten in den Sack zu sperren und zu hoffen, daß dann der Richtige dabei ist“, sagte Beutel. Es gehe um die Frage: „Hat jeder einzelne die ihm zur Last gelegte Tat begangen, ohne daß es vernünftige Zweifel daran gibt?“ Denn jede konkrete Tat müsse einem konkreten Täter zugeordnet werden. Wohl sei es bei der Schuldzuweisung nicht unbedingt notwendig, den Ort der Handlung festzulegen. Aber auch eine genaue zeitliche Zuordnung der Tat sei nicht möglich gewesen. „Der Verdacht besteht fort, aber er hat sich nicht zu der notwendigen Gewißheit verdichtet.“

Beutel ließ zwar Verständnis anklingen für die Schwierigkeiten, die bei der Befragung kindlicher Zeugen und Opfer bestehen. Für das Gericht seien die ersten Aus-

sagen aber unbrauchbar gewesen. Die Befragten hätten sich keiner „kongruenten Sprache“ bedient. Wenn einer der Angeklagten von einem Kind als „böse“ bezeichnet worden sei, dann dürfe daraus nicht schon der Schluß gezogen werden, daß diese Person sexuellen Mißbrauch betrieben habe.

Die Verteidigung hatte im Prozeß von Suggestivfragen gesprochen, der Berliner Psychologe Max Steller hatte die Kinderaussagen und ihre Entstehung einer als vernichtend empfundenen Kritik unterzogen. Ihm war der Mangel an Lebendigkeit, Anschaulichkeit und Nachvollziehbarkeit aufgefallen. Die Schilderungen seien ohne Darstellung der Handlungsabläufe gegeben worden. Die kindliche Zeugin Isabel etwa habe, so Beutel weiter, im Laufe der Zeit 33 Namen genannt. Durch die gemeinsame Unterbringung der kleinen Zeugen in einem Kinderheim habe es auch die Möglichkeit gegenseitiger Beeinflussung gegeben.

Der Vorsitzende Richter rügte das Klima des Verfahrens, das durch „die mangelnde Distanz zwischen den Beteiligten“ gekennzeichnet gewesen sei. Die Staatsanwältin Heike Finke, die sich wesentlich auf die Aussagen der Kinder gestützt hatte, hatte schon vor dem Urteilsspruch für den Fall eines Freispruches von einer „Bankrotterklärung der Justiz“ gesprochen. Sie sieht nun entsprechende Konsequenzen für „zahllose vergleichbare Verfahren“.

In den Komplexen Worms II und Worms III stehen dreizehn und fünf Angeklagte unter vergleichbaren Beschuldigungen vor dem Mainzer Landgericht. Hier hatte das Gericht erstmals die Befragung der kindlichen Zeugen in einem Nebenraum und ihre Übertragung mittels Videofilm in den Gerichtssaal angeordnet, um den Kindern die Qual des Auftritts vor dem ganzen Gericht zu ersparen.

Mit dem Freispruch in Worms I kommt nun auf die Justiz auch die Frage nach der Zukunft der geschädigten Kinder zu. Der Vorsitzende Richter Beutel sprach dieses heikle Thema in der Urteilsbegründung nur kurz an. Die Kinder jedenfalls, so die Erfahrungen der Anklage, haben drei Jahre nach der Trennung von ihren Eltern keine Sehnsucht nach dem alten Zuhause. Für den Vorsitzenden Richter Beutel beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Er wurde am 1. Dezember in Direktwahl zum Oberbürgermeister von Mainz bestimmt. Der Sozialdemokrat wird sein neues Amt im Mai antreten.